

... bei **REINHARD**

BISPINCK, Tarifexperte der Hans-Böckler-Stiftung.



„Es gibt etwas nachzuholen“

Nach Jahren des Verzichts bekommen die Lokführer acht bis 13 Prozent mehr Lohn geboten. Weckt das auch in anderen Gewerkschaften Begehrlichkeiten? Der hessische ver.di-Landesverband zum Beispiel hat für den öffentlichen Dienst gerade eine Forderung von zehn Prozent ins Gespräch gebracht.

Zumindest in den Forderungen für die Lohnrunde 2008 werden die Gewerkschaften signalisieren, dass es keine Fortsetzung falscher lohnpolitischer Bescheidenheit geben soll. ver.di wird am Ende sicher keine zweistellige Erhöhung fordern, aber in diesen Diskussionen kommt zum Ausdruck, dass es in den vergangenen Jahren allüberall besser gelaufen ist als im öffentlichen Dienst. Und die Steuereinnahmen wachsen ja auch kräftig. Wenn es also irgendwo Nachholbedarf gibt, dann im öffentlichen Dienst.

Drohen solch hohe Forderungen, die gefürchtete Lohn-Preis-Spirale wieder in Gang zu setzen?

Überhaupt nicht. Solche Schreckensszenarien sind stark interessengeleitet. In diesem Jahr hat die IG Metall 6,5 Prozent gefordert und mit 4,1 Prozent den höchsten Abschluss erzielt. Doch sogar der blieb gerade noch im Rahmen des kostenneutralen gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraums, den die meisten Gewerkschaften als Summe aus erwarteter Inflationsrate und Produktivitätswachstum definieren. Hinzu kommt ein Blick auf die Branchenlage. Selbst wenn jetzt in einigen Branchen sieben bis acht Prozent gefordert werden sollten, kommt die Konjunktur nicht aus dem Gleichgewicht. Im Gegenteil: Die Binnenkonjunktur hat eine Steigerung der privaten Nachfrage durch kräftigere Lohnanhebungen dringend nötig.

Unter vielen Arbeitnehmern könnte der Lokführerkonflikt eine „Jetzt sind wir mal dran“-Stimmung befördern...

Das ist mit Sicherheit so. Da wird es gerade in Branchen Druck geben, in denen der Verzicht in den vergangenen Jahren groß war. Gefühlter Nachholbedarf ist zwar keine ökonomische Rechengröße, aber innergewerkschaftlich wird jetzt natürlich darüber diskutiert, mal wieder den eigenen Verteilungsanspruch stärker zu betonen. Am Ende allerdings entscheiden die Kräfteverhältnisse.

Kann Tarifpolitik Steuer- und Abgabenerhöhungen ausgleichen?

Die meisten Gewerkschaften sehen das nicht so. Wer staatliche Abgaben systematisch gegenrechnen wollte, müsste ja für 2008 von seiner Lohnforderung wegen der sinkenden Arbeitslosenbeiträge gleich wieder etwas abziehen. Das will natürlich auch niemand.

Interview: Mathias Philipp